



Lohfelden
Vollmarshausen

SPD

Der Rote Faden

SPD - Ortsvereine Lohfelden und Vollmarshausen

VIEL BEWEGT!



Hans-Werner Eckhard

Vorsitzender des OV - Lohfelden sowie stellv. Fraktionsvorsitzender und Vorsitzender des Ausschuss für Soziales und Kultur.

Liebe Leser.

Mit dem "Roten Faden" möchten wir Sie nicht nur über unsere politische Arbeit für und in der Gemeinde Lohfelden, sondern auch über den Tellerrand blickend, aus Land und Bund informieren.

Die **SPD** ist wieder Regierungspartei in Deutschland. Sie übernimmt Verantwortung und sorgt dafür, dass das Leben in unserem Lande wieder besser wird. Sie ist die treibende Kraft in der großen Koalition.

Die **SPD hat Wort gehalten: Mindestlohn und Tarifpaket.**

Der Mindestlohn ist da, denn Arbeit verdient nicht nur Respekt, sondern

auch Anerkennung und gerechten Lohn.

Seit dem 1. Januar 2015 ist in ganz Deutschland ein flächendeckender Mindestlohn von 8,50€ / Stunde verpflichtend.

Der Mindestlohn wird für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gelten. Er gilt auch für die sogenannten Mini-Jobs. Repräsentative Arbeitgeber und Gewerkschaften dürfen bis Ende 2016 tarifvertragliche Abweichungen vereinbaren.

Die **SPD hat Wort gehalten: Rentenpaket und Mütterrente.**

Das neue Rentenpaket kommt und schafft Gerechtigkeit. Es sorgt für konkrete Verbesserungen. Die neue Rente ist kein Geschenk, sondern verdient und trat per Gesetz bereits zum 01. Juli 2014 in Kraft.

Mit dem neuen Rentenpaket ist es allen möglich, die 45 Jahre Beiträge gezahlt haben, zwei Jahre früher abschlagsfrei in Rente zu gehen.

Wer also die Voraussetzungen erfüllt, der darf seit dem 01. Juli 14 mit 63 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen.

Die Mütterrente kommt. Für alle vor 1992 geborene Kinder wird die Anrechnung der Kindererziehung ausgeweitet.

Die **SPD hat Wort gehalten: Pflegereform.**

Seit 01.01.2015 bestehen für Pflegebedürftige und die sie pflegenden Angehörigen deutliche Leistungsverbesserungen.

Die neuen Änderungen im Pflegezeitgesetz, welches zum 1. Januar 2015 in Kraft trat, hilft Angehörigen, Pflege und Beruf besser zu vereinbaren.

Die **SPD hat im vergangenen Jahr viel bewegt. Sorgen Sie mit dafür, dass es so bleibt!**

Hans-Werner Eckhard



Die **SPD-Ortsvereine**
und die
SPD-Fraktion



wünschen Ihnen
schöne

Sommerferien

INHALT

Seite 2
**Kommunaler
Finanzausgleich**
MdL Timon Gremmels

Seite 3
Kommunaltik
Norbert Thiele

Seite 4
TTIP
Norbert Kniprath





Timon Gremmels MdL

stellv. Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion Hessen

Kommunalfinanzen . . .

. . . und die Schwarz-Grüne kommunalfindliche Finanzpolitik

Während das Land Hessen gegen den ungerechten Länderfinanzausgleich klagt, verhält es sich seinen eigenen Städten und Gemeinden gegenüber ungerecht. Nach wie vor haben die hessischen Kommunen mit ihrer drastischen Unterfinanzierung zu kämpfen, doch die Hessische Landesregierung drückt sich mit allen Mitteln vor ihrer festgeschriebenen Verantwortung für die ausreichende Finanzierung der Kommunen.

Daran ändert auch die geplante Reform des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) nichts. Schon der Herbstlass hat beträchtlich zur misslichen Lage der hessischen Kommunen beigetragen. Der verordneten Auflagenverschärfung für die kommunale Haushaltsführung konnten viele Kommunen nur durch erhebliche Gebühren-, Steuern- und Abgabenerhöhungen nachkommen.

Damit steigt die finanzielle Belastung der Bürger. Die erzwungenen kommunalen Kürzungen gefährden Schwimmbäder und Bibliotheken. Dringend benötigte KiTA-Plätze fehlen und zunehmend marode Straßen und Brücken werden zur Belastung für die Verkehrsteilnehmer.

Trotz Steuereinnahmen in Rekordhöhe haben die hessischen Kommunen 2013 eine erhebliche Differenz zwischen ihren regulären Ausgaben und Einnahmen von 1,1 Mrd. Euro zu beklagen und bilden damit mit deutlichem Abstand das Schlusslicht im Ländervergleich. Andere Bundesländer

weisen in ihren Kommunen im Schnitt sogar deutliche Überschüsse auf.

Durch massive Kürzungen / Streichungen der Mittelzuweisungen kamen knapp 2,7 Mrd. Euro zusammen, die den Kommunen nun an allen Ecken und Enden fehlen. Seit 2011 sind es jährlich 350

hessischen Kommunen und Landkreise genau um diese Summe herunter gerechnet.

Eine angemessene Finanzierung findet so leider nicht statt. Das Handlungsmuster der schwarz-grünen Landesregierung provoziert parteiübergreifenden Widerstand.

Mit der Kampagne „Heute gekürzt, morgen geschlossen“ will die SPD mehr Aufmerksamkeit für die prekäre kommunale Situation erreichen.

Die Basis für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft

bildet das Miteinander vor Ort.

Wer an Bildung, sozialen Einrichtungen, Kulturangeboten, Sportvereinen und vielem mehr, hemmungslos den Rotstift ansetzt, um vorerst Schulden zu verringern, gleichzeitig aber ein völlig marodes Versorgungsnetz zu hinterlassen, der hat den sozialen Zusammenhang nicht verstanden.

Timon Gremmels



Mio. Euro, die ihnen das Land durch den Griff in den Topf des KFA vorenthalten hat.

Die Neuordnung des KFA soll nun durch Umverteilung der Mittel zwischen den Kommunen das finanzielle Elend aufheben. Doch nach dem neuen Modell erhalten sie vom Land exakt so viel Geld wie vorher, nicht einen Cent mehr. Das Land wird die Aufwendungen der Kommunen für ihre Pflichtausgaben von rund einer Milliarde nicht anerkennen. Dafür wird der Finanzbedarf der





Norbert Thiele

Vorsitzender der SPD-Fraktion und des OV-Vollmarshausen

SPD Kommunal-Politik erkennt man (auch) an guten sozialen Einrichtungen für Sport und Bewegung

Die Gemeinde Lohfelden stellt ihren Bürgerinnen und Bürgern jeden Alters Woche für Woche zahlreiche Sportanlagen und Einrichtungen kostenlos zur Verfügung. Sie dienen der Gesundheit, der Begegnung und sind ein wichtiger sozialer Lernort für unsere Kinder.

In Hessen ist der Sport Verfassungsziel und wird vom derzeitigen Finanzminister Schäfer als Pflichtaufgabe gesehen und anerkannt.

Ob dieser wertvollen Selbstverwaltungs-Funktion künftig Mittel aus dem Land Hessen zur Verfügung gestellt werden, wissen wir nicht.

Trotzdem:

Wir wollen uns in Lohfelden weiterhin dafür einsetzen, dass diese freiwilligen Einrichtungen der Gemeinde für Sport und Bewegung erhalten bleiben.

Vorbild im Klimaschutz

Die bundesweite Kampagne der Energiewende äußerte den Wunsch an die Kommunen, sich kosteneffizient mit Bürgerinnen und Bürgern spürbar zu engagieren.

Kommunalpolitiker/Innen der SPD in Lohfelden haben sich konsequent im Rahmen der kom-



munalen Selbstverwaltung kraftvoll und effizient dieser Sache angenommen.

- energetische Sanierung kommunaler Gebäude.
- Bau kommunaler Gebäude unter energetischen Gesichtspunkten.
- Klimaschutzkonzept „2030“ auf den Weg gebracht.
- Engagement bei der Elektromobilität.
- Engagement bei erneuerbaren Energien (Biogas, Windkraft, Sonnenenergie).
- Einsatz einer Klimaschutzmanagerin.

So haben wir beispielsweise durch Einsatz, Information und Engagement in 10 Jahren den Ertrag der Fotovoltaikanlagen 2014 auf **5.744 MWh pro Jahr** mehr als verzehnfacht.

Wir halten auch in Zukunft am Engagement beim Klimaschutz fest. Das erwarten unsere Bürger von uns. Mit gutem Recht!

Lebensgrundlage Wasser

• Trinkwasser ist Lebensmittel und erforderlich für die Zubereitung von Nahrung ...

• ... für die Aufrechterhaltung der Hygiene.

• ... für ein gesundes und natürliches Umfeld.

Und damit Basis für eine verlässliche Lebensgrundlage und den gewohnten Lebenskomfort in unserer Gemeinde.

Wir setzen uns dafür ein, damit die Mitarbeiter unserer Gemeindewerke auch weiterhin für eine Bedarfsgerechte flächendeckende Bereitstellung von ausreichenden und bezahlbaren Trinkwassermengen im gesamten Gemeindegebiet sorgen können.

Norbert Thiele



Nein Danke!

Ortsvereine Lohfelden & Vollmarshausen

Fraktion in der Gemeindevertretung



Wozu ?

Die SPD-Lothfelder ist sich einig, dass ein fairer und gerechter Freihandel auf unserer Erde ein wichtiges Ziel der deutschen Sozialdemokratie sein muss

Nachdem allerdings die ersten Inhalte von TTIP, CETA und TISA aus dem "geheimen Verhandlungskabinett" in die Öffentlichkeit durchdrangen, machten sich auch bei uns Empörung breit.

Dafür war nicht viel politisches Denkvermögen nötig, um zu erkennen, dass es sich bei diesen Abkommen nicht um Freihandel, sondern um zügellosen Investitionsschutz von Weltkonzernen handelt.

Worum geht es ?

Es geht um unkontrollierbare, weltweite Finanzmanipulationen weniger mächtiger Wachstumsfetischisten.

Apropos Wachstum: Der Reichtum unserer Erde kann nicht unbegrenzt wachsen, denn viele der wertvollen natürlichen Ressourcen sind endlich.

Angesichts der Tragweite dieses mittlerweile umstrittenen „Freihandels-Abkommen“ spielt die anfängliche Diskussion um Chlorhühnchen in der Lothfelder SPD keine Rolle mehr. Und zweitens: Bei wem befindet sich eigentlich der Reichtum unserer Erde?

1 Prozent der Weltbevölkerung besitzt 50 Prozent des Reichtums unserer Erde!

Untenstehende Grafik fand Bestätigung beim Weltwirtschaftsforum, einem internationalen Treffen von "Spitzenökonomien" im schweizerischen Davos:

Von 44% in 2009 stieg der Wohlstand 2014 bereits auf 48% und 2016 wird ein Prozent der "Reichen" über 50% des Weltvermögens besitzen. Den Rest dürfen sich ungleich verteilt, 99 % der Weltbevölkerung teilen. So ein Bericht der britischen Aktivistengruppe Oxfam zur Vermögensverteilung auf dieser Welt.

Wem nutzt TTIP ?

Entgegen den Befürwortern von TTIP und CETA sind es nur noch Spuren eines Handelsabkommens. Der Handel ist Dank GATT-Abkommen, der Welthandelsorganisation WTO und vieler zweiseitiger Zollabkommen längst frei.

Ablesen lässt sich dies am derzeitigen und vom Wirtschaftsministerium bestätigten transatlantischen Handelsvolumen von mehr als 2 Milliarden Euro pro Tag.

Ein Wachstumsplus von lediglich 0,5%, verteilt auf eine Zeitspanne von über 10 Jahre, prognostiziert das von der

EU-Kommission beauftragt CEPR (Centre for Economic Policy Research),

Das durch TTIP in Europa bis zu 600.000 Jobs verloren gehen könnten, geht aus einer Studie der Tufts University (USA) hervor.

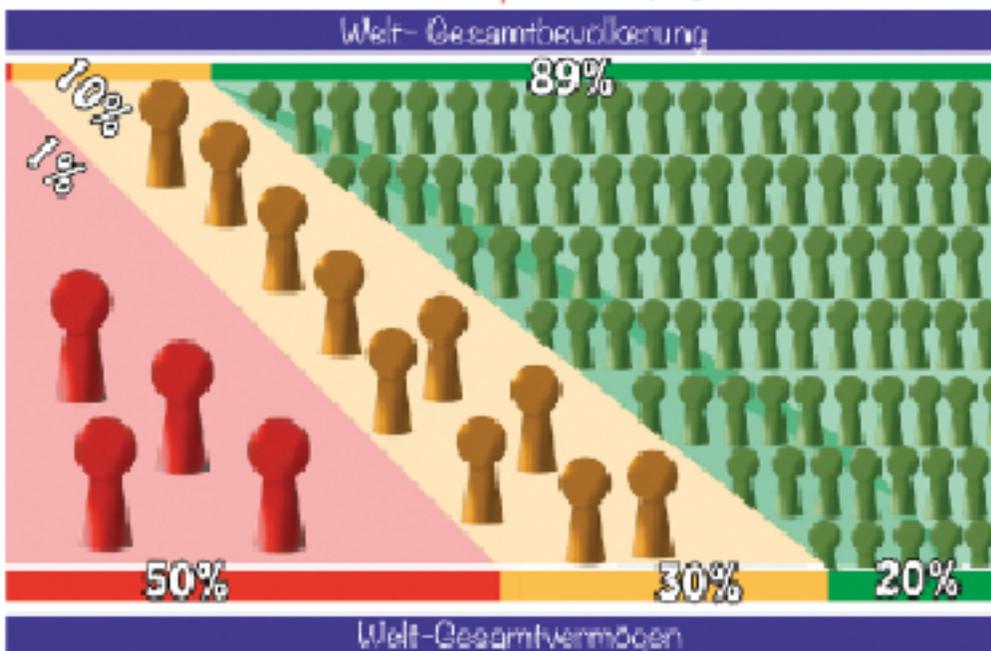
Begründet wird dies mit Verlust von Arbeitsplätzen in einer Branche, die nicht automatisch durch neue in anderen der Wirtschaft ausgeglichen werden können, da die Entlassenen selten über die dann erforderlichen Qualifikationen verfügen.

Gleich so warnt eine von der EU-Kommission in Auftrag gegebene Studie, dass es Grund dessen zu „Anpassungskosten“ kommen könnte, die dann die Sozialsysteme erheblich belasten.

Untersuchungen des Economic Policy Institute (EPI) belegen, dass mit bereits bestehendem Freihandelsabkommen NAFTA zwischen USA, Kanada und Mexiko u.a. knapp 1 Million Arbeitsplätze allein in den USA vernichtet wurden und auch zu geringeren Löhnen führte.

Versprochen wurde damals das Gleiche, wie es uns heute der Bundes-Wirtschaftsminister verspricht.

Norbert Kniprath



IMPRESSUM

Redaktion

Norbert Thiele, Tobias Geismann,
Norbert Kniprath, Bernd Hirdes
Hans-W. Eckhard, Dr. Eike Bormmann

Satz u. Layout

Norbert Kniprath, Tobias Geismann

Grafik / Bilder

Norbert Kniprath,

Zuschriften

info@spd-lothfelden.de
info@spd-vollmarshausen.de